

## Schlusswort Colloquium Atticum V (07.06.2019)

(Werner Rieß)

Thema dieses Workshops ist, wie die athenische Demokratie auf krisenhafte Phänomene oder sagen wir besser auf Herausforderungen zu reagieren in der Lage war, inwiefern sich also diese Demokratie im Umgang mit diesen Herausforderungen als funktional oder dysfunktional herausstellt. Die größte Herausforderung zu Beginn des 4. Jhs. stellte sicher der demographische Einbruch nach dem Ende des Pelop. Krieges dar. Es gab keine Flotte mehr, der Delisch-Attische Seebund hatte sich aufgelöst. Der politische Handlungsspielraum der größten Polis Griechenlands war am Nullpunkt angekommen. Die Finanzknappheit sollte sich über Jahrzehnte hinziehen. Der vom persischen Großkönig aufoktroierte Königsfrieden von 387 v. Chr. schuf zwar oberflächlichen Frieden in der griechischen Staatenwelt, aber der Handlungsspielraum fast aller *poleis* war erheblich eingeschränkt. Die Finanzen konsolidierten sich allmählich durch die Einnahmen aus dem zweiten Seebund, aber hier nahmen bald – ähnlich wie beim ersten Seebund hundert Jahre zuvor – wieder imperialistische Tendenzen zu. Die Folge war der verlustreiche Bundesgenossenkrieg (357-355 v. Chr.), den Athen verlor und mit ihm die ehemaligen Bündner und deren Zahlungen. Dieser schwere Rückschlag führte notgedrungenerweise zu einer außenpolitischen Bescheidung, um Kräfte sammeln und sich innenpolitisch konsolidieren zu können (Rohde und Tiersch

haben dies gezeigt). Der Bundesgenossenkrieg koinzidierte mit dem Aufstieg Makedoniens ab 359 v. Chr. unter Philipp II., der immer öfter und dreister in die athenischen Interessenssphären in Nordgriechenland und in der Ägäis, ja sogar auf Euböa hineinfunkte.

Die grundlegenden Fragen, welche die Zeitgenossen umtrieben, waren kaum zu beantworten: Was war der richtige Umgang mit den Bundesgenossen, gerade wenn sie von Athen abfielen? Wie sollte man auf die Sticheleien Makedoniens reagieren, schließlich auf die offene Bedrohung durch Philipp (Gegenangriff, Appeasement Politik)? Wie sollte man sich gegenüber den einheimischen Eliten verhalten, die man dringender denn je brauchte und die sich zumindest nach außen hin an die Demokratie angepasst hatten, die aber 411 und 404/3, in den dunkelsten Stunden Athens nach schweren Niederlagen gegen die demokratische Verfassung geputscht hatten. War ihnen langfristig zu trauen? Diese Aushandlungsprozesse wurden mustergültig von Josh Ober beschrieben (*Mass and Elite in Democratic Athens*). Kurzum: wie war Athen wirtschaftlich, politisch, sozial und geistig/intellektuell aufzustellen, um die Herausforderungen der Zeit meistern zu können?

Fußend auf den Überlegungen von John Davies im Sammelband von Claudia Tiersch habe ich mich bei der Planung des diesjährigen CA entschieden, auf die Themenfelder ökonomisches Handeln, Politik und soziale Umbrüche, sowie Wissen/kulturelles/intellektuelles Feld genauer einzugehen.

Ich werde im Folgenden kurz unsere Ergebnisse in den jeweiligen Feldern, die sich selbstverständlich überschneiden, zusammentragen, um anschließend auf zwei scheinbar sehr gegensätzliche Entwicklungen im Athen des 4. Jhs. aufmerksam zu machen und um am Ende das CA auf die Gegenwart hin zu öffnen, indem ich auf das gestern eingangs erwähnte tertium comparationis hinaus will, den Vergleich zwischen der athenischen Herangehensweise und unseren Ansätzen im Umgang mit krisenhaften Phänomenen.

### **Ökonomie:**

Athen war das ganze vierte Jahrhundert hindurch aufgrund seiner endemischen Finanzknappheit vermehrt auf Spenden und Abgaben Vermögender angewiesen (Giovanna Daverio Rocchi, Rohde, Tiersch, Gabrielsen). Diese bekamen dafür öffentliche Ehrungen nach dem Prinzip der Reziprozität; schon hier greifen wir also einen gewissen Trend hin zur Oligarchisierung, der noch dadurch verstärkt wurde, dass sich mit der Schaffung eines neuen Amtes, des Vorstehers der Theorika-Kasse, ein Expertentum ausbildete (D. Rohde). Verweilen wir kurz bei den sozio-ökonomischen Eliten, auf deren finanzielle Leistungsfähigkeit man so dringend und in steigendem Maße angewiesen war. Je mehr die sozial Starken zu Zahlungen für den Staat herangezogen wurden, Rohde spricht auch von einer Liturgisierung der Ämter, desto mehr suchte die zahlungskräftige Klasse der Liturgen sich bewusst nach unten abzugrenzen. Diese hohe Steuern zahlenden Eliten strebten im Grunde nach den alten Idealen einer aristokratischen Kriegererlite, die sich gelegentlich auch einmal bereichern durfte, weil es ihr nach

subjektivem Empfinden zustand (V. Gabrielsen: creative class). Und da genau diese Leute sich auch als Experten empfahlen, wollten und konnten sie die Politik beeinflussen (Tiersch, Rohde, Gabrielsen), obgleich sie trotz der Tendenz zur Syndikalisierung gesellschaftlich eingebunden blieben. Eindeutig greifen wir hier also einen Trend zur Oligarchisierung. Dorothea Rohdes Diktum „von der Deliberationsdemokratie zur Akeptanzdemokratie“ (nur wenige haben etwas zu sagen, die anderen folgen ihnen) ist hier in Anschlag zu bringen und weiter zu vertiefen.

Die Athener waren pragmatisch und betrieben in nuce eine Wirtschaftspolitik, wenn auch präreflexiv (A. Eich). Das Verständnis von Wirtschaft war ganz politisch. Wenn man sie mit den begrenzten Mitteln der Vormoderne beeinflussen konnte, so tat man das direktivistisch über Gesetze und Magistratsstellen (Agoranomoi, Sitophylakes usw.). Was man regeln konnte, regelte man, wo dies nicht gelang, machte man aus der Not eine Tugend und verfolgte eine liberale Linie: Auf den Fernhandel war Athen essentiell angewiesen, so dass der Seehandel durch und durch positiv konnotiert war und damit auch seine Träger, athenische und ausländische Kaufleute. Mit ihnen galt es flexibel umzugehen, wollte man sich diese Klientel dauerhaft sichern und den Piräus als größten Hafen der griechischen Welt bewahren; so galt es, nicht nur die nötige Infrastruktur vorzuhalten, sondern auch Rechtssicherheit für alle an den Handelstransaktionen Beteiligten zu schaffen. Spezielle Handelsgerichtshöfe (*dikai emporikai*) waren eine juristische Innovation (Ed Cohen), die es den streitenden Parteien erlaubten,

innerhalb kürzester Zeit gehört zu werden und die Streitigkeiten lösen zu können. Der Pragmatismus der Athener geht aber noch weiter: Ausländer, die sich um Athen verdient gemacht hatten, sei es ökonomisch oder auch politisch, dazu gleich mehr, wurden mit Privilegien, wie der Verleihung der Asylie, der Atelie (Steuerfreiheit), des Status eines Gastfreunds (*proxenos*) oder sogar mit der Verleihung des Bürgerrechts geehrt. D.h. Fremde, Nicht-Bürger wurden durchaus auch aus wirtschaftlichen Gründen geehrt.

Kommen wir zum **politischen und sozialen** Feld:

Grundlegend für das Verständnis des politischen Feldes im 4. Jh. ist der demographische Einbruch vom Jahrhundertbeginn, von dem Athen sich nie mehr ganz erholen sollte. Wenn man die Zahl der Ämter und Gremien nicht verringern wollte, bedeutete dies zwangsläufig, dass nun eine geringere Anzahl von Bürgern verstärkt für die Bemannung der Institutionen und die Ausfüllung der Magistratsstellen herangezogen werden musste. Wir müssen also (mit P. Rhodes) eine höhere Partizipationsrate als im 5. Jh. postulieren. Um nun breitere Schichten für das politische Engagement zu gewinnen, wurden mehr Aufwandsentschädigungen als im 5. Jh. bezahlt. Damit war einer weiteren Demokratisierung der athenischen Politik Vorschub geleistet. Und diese neuen Politiker wollten sich nun auch geehrt sehen. Stephen Lambert konnte anhand der epigraphischen Evidenz eindrucksvoll zeigen, dass auch die Angehörigen unterer Schichten nun „ehrwürdig“ wurden, sobald sie auch nur eine Magistratsstelle bekleidet hatten oder einmal im Rat saßen. Auch diese Männer durften sich nun

einen aristokratischen Habitus zulegen, denken wir an die Sophokles-Statue. Sofern sie die alten, aristokratischen Werte der *enkrateia* und *sophrosyne* verinnerlicht hatten, konnten sie sich als Herren, *kyrioi* fühlen, über ihre Frauen, Kinder und Sklaven sowieso, aber auch über die Bündner des Seebunds. Jeder Bürger, also das Volk, war nun zum Souverän geworden, sinnfällig zum Ausdruck gebracht auf dem Relief der Eukrates-Stele, wo der Demos von der Personifikation der Demokratia bekränzt, also geehrt wird, genauso wie Stephen Lambert es uns gezeigt hat. Wenn nun aber jeder in einer beinahe aristokratischen Weise geehrt wird, wenn jeder sich als kleiner Aristokrat fühlen kann, führt dies zwangsläufig auch zu einer Oligarchisierung einer solchen Gesellschaft, doch verweilen wir zunächst bei der Demokratisierung.

Diese sich verstärkende Demokratisierung im politischen Feld findet ihr Pendant in der Rechtsprechung. Die athenische Gesellschaft war hoch komplex und differenzierte sich immer weiter aus. Um nun dieser Komplexität gerecht zu werden, kam es zu einer „Institutionalisierung des Misstrauens“ (Jan Timmer), um das Vertrauen in die Institutionen der Demokratie zu erhöhen. Der feste Glaube an die Herrschaft des Rechts, die in der Forschungsliteratur vielbeschworene *rule of law*, ergänzte die Überzeugung von der Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung (Ed Harris). Eine noch nie dagewesene Ausziselierung und Überwachung der prozeduralen Vorgänge in Gerichtsbarkeit (Stichwort Losmaschine) und Politik war die Folge. Hier ordnet sich der Vortrag von Adele Scafuro ein: Die Trias aus *rule of law*, öffentlichem Interesse/Gemeinwohl und

dem Insistieren auf Gerechtigkeit wird durch neue, demokratische Verfahren im juristischen Bereich gestärkt (Änderungen bei der *eisangelie*, Gesetz des Timokrates), auch wenn sie in der Vergangenheit oftmals in der Literatur übersehen wurden. Und es ist interessant zu sehen, dass diese Neuerungen im Rechtssystem v.a. an kritischen Momenten des 4. Jhs. erfolgten, als Stellschrauben sozusagen, die unmittelbar auf Krisen antworten sollten. Wie im wirtschaftlichen Bereich sehen wir also, dass auch das politische System und das Rechtssystem rasch, flexibel, pragmatisch, direkt und eben situativ auf krisenhafte Phänomene reagieren konnte.

Die fortschreitende Demokratisierung hatte natürlich auch ihre Kehrseite: Selbst wenn Alle alle Ämter bekleiden dürfen und dafür auch noch inflationär geehrt werden (Lambert), heißt dies ja noch nicht, dass Alle alles auch können. Eine Kompetenz- und Ressortbildung war zwangsläufig nötig und damit die Tendenz hin zu einer Oligarchisierung auch auf diesem Feld gegeben. Mit entscheidend für den Aufstieg Einzelner aus dem Kreis der finanziellen „Leistungseliten“ in die Schaltstellen des politischen Betriebes war auch die *pheme* (C. Mann), die Zuschreibung eines hohen sozialen Wertes (Integrität, Kompetenz) durch Gerüchte/Klatsch, eine entscheidende Währung in einer Zeit ohne Medien. Natürlich ist die *pheme* hoch ambivalent. Sie kann auch die schlechte Rede bedeuten, die üble Nachrede, die einen ambitionierten Politiker auch wieder schnell zu Fall bringen konnte.

Doch nicht nur Athener wurden geehrt, die reichen Liturgen ebenso sowie die sozial Schwachen, welche die unteren Ämter bekleideten. Besonders nach der Schlacht von Chaironeia wurden verstärkt auch Ausländer geehrt, die sich in welcher Weise auch immer um Athen verdient gemacht hatten. Diese Ehrungen kann man als Antwort auf den Bedeutungsverlust verstehen, den Athen in Thrakien und in der Nordägäis nach der Niederlage gegen Philipp hinnehmen musste. Es ging darum, mittels Diplomatie, zu der auch die Politik der Ehrungen gehörte, schnellstmöglich wieder ein internationales Netzwerk von Partnern aufzubauen. Im Prinzip kann man von der Fortführung der Ideologie archaischer Elitennetzwerke unter demokratischen Vorzeichen sprechen. Hier sind die Befunde von Peter Liddel in Anschlag zu bringen, auf die sich S. Lambert in seinem Vortrag bezogen hat. Wenn nun aber eine alte aristokratische Praxis im demokratischen Gewand wieder auflebt und noch dazu hochgestellte Ausländer geehrt werden, kann man wiederum von einem Trend hin zur Oligarchisierung sprechen.

Doch nicht nur hochrangige Ausländer wurden geehrt; in Athen ansässige Fremde, also Metöken, ja sogar Frauen wurden verstärkt in Vereinen integriert (Gabrielsen). Und in den Philosophenschulen waren die meisten Schüler Ausländer, also Metöken.

Fazit: Im politischen Feld reagiert Athen auf Herausforderungen mit Demokratisierung, paradoxerweise auch mit Oligarchisierung, dazu gleich mehr, sowie mit Offenheit und dem Zur-Verfügung-Stellen von Räumen der Inklusion,

wie etwa Vereinen und Philosophenschulen, wobei wir nun beim Feld Wissen/Intellektuelles angelangt sind.

### **Wissen/ Intellektuelles Feld:**

Den Athenern war klar, dass Politik ständig kontrolliert und hinterfragt werden muss. Dazu kreierten sie öffentliche Räume, in denen die Politik permanent auf den Prüfstand gestellt wurde. Neben der Volksversammlung und den Gerichten leisteten diese Kontrolle zum einen die dramatischen Aufführungen in Form von Tragödien und Komödien, zum anderen die Philosophenschulen, deren Kritik am Tagesbetrieb des athenischen Systems aber nur z. T. in den öffentlichen Diskurs einfluss. Wie K. Nebelin zeigen konnte, war philosophische Demokratiekritik nur möglich, weil die Philosophen selbst an Macht nicht interessiert waren und somit Distanz zur herrschenden Regierungsform aufbauen konnten. Diese Distanz führte zum Aufbau der Philosophie als einem eigenständigen, von der Politik autonomen Feld. Und dies war nur möglich, weil die Philosophen, welche die Schulen gründeten, alle aus der Oberschicht kamen und das Selbstbewusstsein besaßen, einen entsprechenden demokratiekritischen Habitus auszubilden. Mit zur Stärke der Schulgründer gehört die Tatsache, dass sie Metöken als Schüler aufnahmen, also eine große geistige Offenheit besaßen. Ein enormes Reservoir an intellektuellen Kapazitäten sammelte sich in den Schulen an, die jedoch, wie gesagt, nur z. T. in das politische Feld eingebunden und fruchtbar gemacht wurden. Eine gewaltige Bandbreite an, modern gesprochen, natur- und

geisteswissenschaftlichen Themen, wurde offen, tabulos und ohne Sprachregelungen völlig vorurteilsfrei diskutiert und erforscht.

Exempli gratia haben wir uns in unserem Rahmen Aristoteles (Piepenbrink) und Isokrates (Dreher) angesehen, die beide intensiv über die Demokratie nachdachten. Piepenbrink konnte zeigen, dass man sowohl in der Theorie (Philosophie) als auch in der Praxis (Redner) intensiv über die Grundlagen der Politik und die Institutionen nachdachte. Je nach Blickwinkel und literarischer Gattung ergeben sich hier natürlich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Diskursen, denen weiter nachzugehen ist.

Nach M. Dreher entwirft Isokrates quer durch seine Schriften ein sechsstufiges, chronologisches Modell des Ablaufs der athenischen Verfassungsentwicklung. Er steht für eine gemäßigte Demokratie, die sich die Hegemonie über Griechenland durch Zustimmung der Bündner verdient. Auch hier sehen wir ein Liebäugeln mit oligarchischen Konzepten.

### **Fazit und Ausblick:**

Auf allen Handlungsfeldern sehen wir Erfolge, da Athen in der Lage ist, flexibel, rasch und pragmatisch auf alle Fährnisse zu reagieren und adäquate Antworten auf die Herausforderungen der Zeit zu finden. Athen befand sich also unmittelbar vor der Schlacht von Chaironeia keinesfalls in einer massiven Krise. Im Gegenteil: Soweit wir sehen, war das athenische System, um die Leitfrage dieses Workshops zu beantworten, voll funktional bis zum Lamischen Krieg, geprägt von großer Dynamik und vielleicht noch größerem Selbstbewusstsein.

Deutlich erkennen wir zwei gegenläufige Tendenzen, eine zunehmende Demokratisierung einerseits, aber auch eine zunehmende Oligarchisierung andererseits. Wie ist das möglich.

M.E. gibt es drei logische Möglichkeiten:

1. Die gegenläufigen Entwicklungen sind tatsächlich als Gegensatz zu verstehen, als Spannung bzw. Widerspruch im System. Die Athener wollten vielleicht mehr Demokratisierung, aber faktisch war in vielen Bereichen eine Oligarchisierung geboten. Wir kennen massive Widersprüche doch auch aus unserer Gegenwart: Europa vereint sich auf immer mehr Politikfeldern, doch gleichzeitig nehmen nationalistische Tendenzen, ja gelegentlich sogar separatistische Tendenzen zu. Gerade als Historiker muss man nicht alle Reibungen und innersystemischen Konflikte zu harmonisieren versuchen. Doch der ambivalente Befund reizt, weiter reflexiv durchdrungen zu werden.

2. Oligarchisierung und Demokratisierung bedingen sich zum Teil wechselseitig. Was heißt zum Teil? Wege zur Oligarchie sind durchaus ohne Demokratisierungsprozesse vorstellbar, denken wir an die Herausbildung einer Kriegerelite am Ende der Dunklen Jahrhunderte/zu Beginn der archaischen Zeit aus einer relativ primitiv strukturierten, eher egalitären Gesellschaft heraus. Umgekehrt bedarf eine zunehmende Demokratisierung wohl in einer Art dialektischem Umschlag durchaus auch oligarchischer Tendenzen. Wie gesagt, wenn Alle alle Ämter bekleiden dürfen, heißt dies noch lange nicht, dass sie alle

kompetent sind. Eine Kompetenz- oder Leistungselite bildet sich zwangsläufig aus.

3. Eine der beiden Tendenzen ist eher äußerlichen Charakters, die andere ist wesentlich stärker und ihr wird die Zukunft gehören. Der Ansatz von D. Rohde „von der Deliberationsdemokratie zur Akzeptanzdemokratie“ trägt auch hier. Alle können zwar Bouleuten und Prytanen werden, dennoch haben nur Wenige das Sagen. Irgendwann werden die Ehrungen für die niederen Magistrate nicht mehr viel bedeutet haben, weil sie inflationär wurden. Wenn alle Magistrate, auch viele, die kaum etwas leisten mussten, Ehrendekrete bekamen, hatte die Demokratie ihren maximalen Punkt erreicht, vielleicht auch den eines dialektischen Umschlags, von dem aus die echten Leistungsträger, sprich die liturgischen Finanz- und Sozialeliten, die creative tax payers, neue und echte Remunerationen für sich einforderten.

Auch im politischen Diskurs sehen wir die Spannung zwischen Demokratisierung und Oligarchisierung, aber auch, welchem Trend die Zukunft gehörte. D. Allen konnte zeigen, wie der Erzdemokrat Demosthenes gegen Aischines und Lykurg argumentierte, die, beide von Platon beeinflusst, eine gemäßigte Demokratie befürworteten. Sie wollten z. B. den Einfluss des Areopag stärken, was im 4. Jh. auch geschah, und eigentlich eine oligarchische Demokratie verwirklicht sehen, in denen die Auswüchse der Volksherrschaft zurückgedrängt würden. In dieses Bild ordnet sich auch Isokrates zwanglos ein. Und von diesen konservativen demokratischen Denkern führt eine direkte Kontinuitätslinie zu Demetrios von

Phaleron und Menander, wie ich in meinem Vortrag zu zeigen versucht habe. Der Oligarchisierung gehörte also m.E. die Zukunft.

Ich komme zum Ausblick, zur Öffnung unserer Thematik für unsere Zeit: Ausgangspunkt des Colloquium gestern war ja die Frage nach dem tertium comparationis, der Vergleichbarkeit des athenischen Systems mit dem unsrigen mit Hinblick auf den Umgang mit Krisen, also den Bewältigungsmodi, selbstverständlich unter Berücksichtigung der ganz anderen sozialen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, religiösen und v.a. auch medialen Gegebenheiten. Hierzu müssen wir etwas abstrahieren: Auf allen hier untersuchten Feldern sehen wir, dass Athen immer anpassungsfähig war, also in der Lage, rasch, situationsangemessen und pragmatisch zu reagieren. Es wäre vermessen, moderne Lösungsansätze in den Feldern Ökonomie, Politik und Wissen/Intellektuelles Feld hier auch nur annähernd als Ausblick umreißen zu wollen. Einige Schlagworte der aktuellen Debatte, die Sie kennen, mögen genügen.

**Ökonomie:** selbst Volkswirte sind sich uneins, wie man der internationalen Schuldenkrise beikommen kann. In den USA hob die FED die Leitzinsen wieder etwas an, um die Sparer nicht völlig zu enteignen, für Europa scheint dies noch nicht denkbar, denn die Staaten könnten dann nicht einmal mehr ihre Zinszahlungen bedienen. Soll die schwarze Null nun zum Dogma erhoben werden oder ist in unserer Situation eher doch Schuldenmachen angesagt? Und hier in Hamburg ganz aktuell: Soll die Schuldenbremse aufgehoben werden? Die Dinge sind wesentlich komplexer in einer globalisierten und sich immer weiter

digitalisierenden Welt als im doch recht überschaubaren Athen, wo der Leiter einer Kasse sich großen Einfluss auf die Geschicke seiner Polis sichern konnte. Und die Heranziehung der Reichsten zu liturgischen Pflichten würde bei uns niemals ausreichen, um den enormen Finanzbedarf moderner Staaten mit ihren multiplen Aufgaben zu decken. Die Verhältnisse scheinen hier am wenigsten vergleichbar.

**Politik:** Die direkte Demokratie der Antike und die modernen westlichen Repräsentationsdemokratien wurden oftmals miteinander verglichen. Interessant ist aber, dass Athen mit zwei gegenläufigen Tendenzen auf die Umbrüche des 4. Jhs. reagierte, einerseits mit einer fortschreitenden Demokratisierung, andererseits mit einer mäßigen Oligarchisierung. Was würde das für uns bedeuten? Der Ruf nach mehr Demokratie, nach mehr direkter Bürgerbeteiligung erschallt allenthalben und das seit Jahrzehnten. V.a. Populisten von links und rechts schreiben sich mehr direkte Demokratie auf ihre Fahnen. Sicherlich würde der Einbau von mehr Elementen direkter Demokratie der Politikverdrossenheit ein Stück weit entgegenarbeiten. Insbesondere das „Bürokratiemonster Brüssel“ erscheint vielen Menschen intransparent und kaum demokratisch zu funktionieren. Doch selbst wenn die Verwendung von mehr plebiszitären Elementen gut gelingen würde, bleiben kompetente Leistungseliten („Oligarchisierung“) notwendig, ohne die die hoch komplexen ökonomischen, juristischen und politischen Systeme nicht betrieben werden können. Aus athenischer Perspektive ergibt sich natürlich die Notwendigkeit, diese

finanziellen und politischen Eliten streng zu kontrollieren, und hier kann die Moderne sicher von den Athenern lernen, wo Amtsträger ständiger Kontrolle und Rechenschaftspflichten unterworfen waren. Auch waren ihre Amtszeiten wesentlich kürzer und konnten sie einfacher und schneller abgesetzt werden als unsere Funktionsträger.

Der Eindruck vieler heutiger Zeitgenossen, dass auf Krisen nur langsam oder überhaupt nicht reagiert wird, dass Krisen eben oftmals ausgesessen werden, ist nur z. T. richtig. In den westlichen Demokratien sind die Entscheidungsprozesse aufgrund von Bürokratie länger; Politiker können aufgrund der Gewaltenteilung nicht einfach durchregieren, wie die athenische Volksversammlung es tat, sondern im langsamen Prozess der demokratischen Kompromissfindung können oftmals nur kleine Hebelwerke anders gestellt werden, Prozesse eingeleitet werden, deren Wirkung dann auch noch auf sich warten lässt.

Fazit: mehr Bürgerbeteiligung bei gleichzeitig verstärkter Einbindung und Kontrolle unserer Eliten würde modernen Demokratien wohl durchaus gut anstehen.

**Intellektuelles Feld:** Mit Bewunderung sieht man, wie in der Antike das intellektuelle Feld sich einen autonomen Bereich außerhalb der politischen Sphäre „erobern“ konnte (obwohl die Schulgründer aus den Oberschichten kamen). Auf die akademische Selbstverwaltung ist man bis heute zu Recht stolz, sie sichert die politische Unabhängigkeit von Forschung und Lehre an westlichen Universitäten. Doch von der Freiheit, welche die Athener Akademiker genossen,

sind wir weit entfernt. Endemische Unterfinanzierung treibt Universitätsleitungen zu politischen Entscheidungen bzw. Positionierungen, Sprachregelungen greifen um sich, Sprechtabus und soziale Konventionen beschneiden merklich die Freiheiten des akademischen Betriebs. An manchen Universitäten der USA können bestimmte Werke der Weltliteratur aus Gründen der political correctness nicht mehr oder nur noch mit einem Warnhinweis an die Studierenden zur Lektüre empfohlen werden. Soweit ist es in Europa noch nicht. Aber wir sollten darauf achten, im Sinne der Athener, möglichst rasch und situationsadäquat so auf Krisen zu reagieren, dass die Demokratie nicht nur nicht gefährdet wird, sondern im Gegenteil gestärkt aus schwierigen Zeiten hervorgeht.